



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Nr. 203 / 2013

Soziales / Familienpolitische Leistungen

Kiel, Freitag, 26. April 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Eine Reform ist dringend notwendig, der Antrag der Koalition ist aber nicht durchdacht

In ihrer Rede zu Top 49 (Familienpolitische Leistungen reformieren) erklärt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die familienpolitischen Leistungen müssen reformiert werden. Der Staat zahlt im Schnitt pro Kind bis zum 18. Lebensjahr knapp 150 000 Euro. Trotzdem liegt die Geburtenrate mit 1,39 Kindern pro Frau deutlich unter dem EU-Schnitt.

Ohne Frage müssen ineffiziente Maßnahmen gestrichen oder angepasst werden. Dazu gehört mit Sicherheit das Thema Ehegattensplitting. Man kann hier eigentlich nicht mehr von einer familienbezogenen Leistung, sondern nur von einer ehebezogenen Leistung sprechen. Ich will gar nicht die Fehlanreize für Frauen aufzählen, die sich daraus ergeben, keine Arbeit aufzunehmen mit entsprechenden Nachteilen bei der Rente, sondern allein auf die bestehende Realität verweisen, wie Familien heutzutage zusammenleben.

Vom Ehegattensplitting profitieren aktuell verheiratete Paare ohne Kinder, während unverheiratete Paare oder Alleinerziehende mit Kindern davon überhaupt nicht profitieren. Hier müssen wir ansetzen. Aus unserer Sicht müsste man von einem ehebezogenen Steuerrecht auf ein familienbezogenes umschwenken. Es muss Steuererleichterungen für Familien geben, anzudenken wäre z.B. eine Erhöhung der Kinderfreibeträge.

Der Antrag der Koalition ist aber nicht durchdacht, da er pauschal die Abschaffung des Ehegattensplittings fordert, ohne daraus resultierende Probleme zu thematisieren. Was ist z.B. bei älteren Ehen mit Frauen, die seit Jahrzehnten nur halbtags arbeiten und die ganze Lebensplanung mit dem Partner auf das Ehegattensplitting eingestellt haben. Sollen die durch Abschaffen des Splittingvorteils bestraft werden? Auf Bundesebene ist gerade eine umfangreiche Studie zu den familienpolitischen Leistungen in Arbeit. Man sollte vernünftigerweise auf Grundlage dieser Ergebnisse weiter diskutieren.“